Eine gerade Linie der deutschen Außenpolitik führt über die Liquidation des uns aufgezwungenen Ruhrkampfes, über die Mitunterzeichnung zum Sachverständigengutachten und vom Londoner Reparationsplan zum Sicherheitspakt. Deutschland hat eine Friedensoffensive großen Stils begonnen. Der Wunsch der Reichsregierung geht dahin, daß ihre Bestrebungen zu einem günstigen Erfolge führen möge. (Beifall rechts.)

Die Rede Breitscheids.

Abg. Dr. Breitscheid (Soz.) bezeichnet es zunächst als eine Mißachtung der Rechte des Parlaments, daß der Reichstag erst jetzt Gelegenheit erhält, nachträglich zu den wichtigsten außenpolitischen Aktionen der Regierung Stellung zu nehmen. Das sei um so bedenklicher, weil die deutschnationale Regierungspartei behauptet habe, daß sie an das Februarmemorandum der Regierung nicht gebunden sei und weil auch der deutschnationale Innenminister Schiele sich ähnlich geäußert habe.

Um diesen eigenartigen Konflikt aufzuklären, sei die sozialdemokratische Interpellation eingebracht worden, nicht etwa um die Regierung zu stürzen. Ich kann Ihnen (nach rechts) vertraulich folgendes mitteilen: Bei aller Gegnerschaft gegen die jetzige Regierung haben wir doch ein Verständnis für die Zweckmäßigkeit gerade die Deutschnationalen noch nicht aus der Verantwortung herauszulassen. (Heiterkeit.) Ihre Beteiligung an der Regierung wird immer mehr zu einer heilsamen Belehrung für die deutschen Wähler. (Lebhafte Zustimmung links.) Der Konflikt innerhalb der Regierung scheint jetzt beseitigt, durch das Talent des Reichskanzlers Luther, der weil er mit politischen Grundsätzen nicht allzu sehr belastet ist, der geborene Mann der Kompromisse ist. (Heiterkeit.) Wir können, obwohl wir im vorliegenden Falle der Außenpolitik nicht opponieren, uns zu einer Billigung der Regierungspolitik nicht entschließen wir wüßten ja nicht, wenn wir dabei unser Vertrauen aussprechen, Stresemann oder Schiele, Luther oder Geßler oder gar Graf Kanitz, dem Vater des Zolltarifs.

Wir treiben nicht Opposition aus Grundsatz und lehnen die gegenwärtige Außenpolitik nicht ab. Diese Politik des Sicherheitspaktes ist die Fortsetzung der Verständigungs- und

Erfüllungspolitik, die unter Wirth und Rathenau

so heftig von den Deutschnationalen bekämpft und geschmäht wurde. Herr Henning hat ja schon in einer völkischen Versammlung Stresemann und Hergt in eine Reihe mit Erzberger und Rathenau gestellt. Der Sicherheitspakt geht sogar noch hinaus über die Erfüllungspolitik der Wirth und Rathenau. Es ist schließlich eine freiwillige Anerkennung der territorialen Bestimmungen des Versailler Vertrages, der ausdrückliche Verzicht auf die gewaltsame Zerreißung dieses Vertrages, auf jeden Gedanken an einen Revanchekrieg. (Lebhafte Zustimmung links und bei den Völkischen.) Die deutschnationalen Anhänger müssen jetzt aus ihren Liederbüchern das Lied entfernen: „Siegreich wolln wir Frankreich schlagen." (Sehr wahr! bei den Völkischen.) Wir Sozialdemokraten heißen das Februarmemorandum der Regierung gut; wir haben sogar das Bedenken, daß es in einigen Punkten nicht alle unsere nationalen Forderungen erfüllt.

Es wäre vielleicht angebracht gewesen, im deutschen Memorandum darauf hinzuweisen, daß nunmehr der Anfang der allgemeinen Abrüstung gekommen sei. Das ist nicht geschehen. Aber trotz allem sind wir mit den Grundelementen des Sicherheitsangebotes einverstanden. Die Grundgedanken des jetzigen Angebotes sind dieselben wie die des Februarmemorandums. (Sehr richtig! links.) Wenn Graf Westarp noch vor einigen Tagen erklärt hat: „Ein Verzicht auf Elsaß-Lothringen ist für meine politischen Freunde unannehmbar!", so sage ich:

Hier ist der Verzicht auf Elsaß-Lothringen.

(Sehr wahr! links und bei den Völkischen. — Zurufe rechts: Nein!) Wenn Sie in der neuen Note den Besitzstand am Rhein garantieren, dann bedeutet das den Verzicht auf Elsaß-Lothringen. Die neue Note geht nicht ab von dem, was das Februarmemorandum enthielt. Das Memorandum aber haben die Deutschnationalen abgewiesen, weil es nicht von der Regierung, sondern nur von dem „verdächtigen" Außenminister verfaßt war.

Wenn wir nun Frankreich die Sicherheit gewähren, ist ein Grund für die Verlängerung der Besetzungsfristen nicht mehr vorhanden. In der französischen Note wird etwas ganz Neues konstruiert. Es taucht da die Schaffung eines Garanten für Schiedsverträge auf. Frankreich will den Schiedsvertrag, den Deutschland mit Polen und der Tschechoslowakei abschließen will, garantieren. Wir werden, ebenso wie die Rechtsparteien, gegen eine derartige einseitige Garantie Widerspruch erheben. Frankreich als Verbündeter Polens und der Tschechoslowakei kann nie so unparteiisch sein, daß es als Garant eines Schiedsvertrages fungieren könnte. Wer den Frieden will, muß obligatorische Schiedsgerichte auch bei politischen Verträgen anerkennen. Das hätte die deutsche Regierung Briand sagen müssen; sie hat es leider nicht getan. Es ist ein gutes Zeichen, daß die deutsche Regierung sich in letzter Zeit des öfteren auf den Völkerbund berufen hat.

Die Regierung erkennt an, daß der Sicherheitspakt und der Völkerbund zusammengehören. Deutschland sollte nun auch endlich seine Vorbehalte aufgeben und in den Völkerbund eintreten (Sehr wahr! links), damit es mitraten und taten kann. (Zuruf rechts: und überstimmt werden! — Heiterkeit.) Lesen Sie erst einmal die Geschäftsordnung des Völkerbundes, dann werden Sie sehen, daß dort Beschlüsse nur einstimmig gefaßt werden können. Wäre Deutschland schon zur Zeit Ramsay Macdonalds in den Völkerbund getreten, dann würde es heute in der Frage des Sicherheitspaktes anders dastehen. (Sehr richtig! links). Es scheinen sich Fäden vom Sicherheitspakt nach Ostelbien hinzuziehen. Vielleicht steht die Zustimmung einer Rechtspartei zu der Antwortnote mit den Getreidezöllen im Zusammenhang. (Sehr richtig! links. Widerspruch rechts.) Wir erhoffen positive Erfolge aus den kommenden internationalen Verhandlungen (Beifall links, Zischen rechts.)

Die Deutschnationalen.

Abg. Graf Westarp (Dn.): Der Zweck der heutigen außenpolitischen Debatte ist nur, Stellung zu nehmen zu der deutschen Note. Das außenpolitische Interesse gebietet, eine breite und starke parlamentarische Rückendeckung für das Kabinett zu schaffen. Die neue Note ist in einer ganz anderen politischen Situation entstanden als das Februarmemorandum. (Gelächter links.) Ein Streit um die Vergangenheit scheint daher keinen Zweck zu haben, und wir haben keine Veranlassung, diesen Streit hier fortzuführen. (Aha-Rufe und Gelächter links. — Sehr richtig! rechts.) Die sozialdemokratische Interpellation ist schon überholt. Der Abg. Breitscheid hat hier eigentlich mehr in französischem als deutschem Interesse gesprochen. Er hat alles gelobt, was Frankreich getan, und getadelt, was die deutsche Regierung tat. Auf eine solche Kampfesweise wollen wir uns nicht einlassen. (Gelächter links.) Der Anwurf, daß wir unsere außenpolitischen Grundsätze um der Getreidezölle willen verkauft hätten (Sehr richtig! links), ist zu niedrig, um sich mit ihm auseinanderzusetzen. (Beifall rechts.)

Dr. Breitscheid hat sich in manche Widersprüche verwickelt. Er hatte dieses und jenes an dem Memorandum auszusetzen, richtete aber immer wieder an uns die Gretchen-Frage: Wie hältst dus mit dem Memorandum? Die Antwort ist sehr einfach; Lesen Sie die jetzige Note der Regierung und hören Sie unsere Ausführungen dazu an! Wir sind in diesen Dingen keineswegs negativ eingestellt gewesen und billigen den Grundgedanken der Politik, die in der heute veröffentlichten Note der Reichsregierung enthalten sind. Ob der in dieser Note erstrebte Weg der Verhandlungen beschritten werden kann, ist abhängig von dem Inhalt der Antworten, die wir nun zunächst erhalten werden. Die Note ist nur eine Fortsetzung der Vorerörterungen und das erleichtert uns unsere Zustimmung. Die Note bedarf einer sehr wichtigen Ergänzung. Als gleichberechtigter Partner kann Deutschland sich an den Verhandlungen nur beteiligen, wenn das Ruhrgebiet und die Sanktionsstädte vollständig geräumt sind. Dabei darf es sich nicht etwa nur um eine Verlegung der Truppen in andere Teile des besetzten Gebietes handeln.

Bei der Räumung, die wir im Interesse unserer rheinischen Brüder begrüßen, handelt es sich nur um die Beseitigung eines uns zugefügten beispiellosen Unrechts. Sie muß nicht einen Gegenstand, sondern die Voraussetzung der Verhandlungen bilden. Ganz ebenso liegt es mit den anderen klaren Rechtsansprüchen Deutschlands die noch unerfüllt sind, mit der Beseitigung alles Unrechts im Saargebiet, mit der Rücknahme der unberechtigten Forderungen der Entwaffnungsnote und der Luftnote, mit der längst überfälligen Räumung der Kölner Zone. Wir billigen und begrüßen es, daß in der deutschen Note im Gegensatz zu der Note der Alliierten die Notwendigkeit betont wird, daß nicht für alle Zukunft die Möglichkeit ausgeschlossen werden soll bestehende Verträge auf dem Wege friedlichen Uebereinkommens zu gegebener Zeit veränderten Verhältnissen anzupassen.

Mit vollem Recht wird auch in der deutschen Note betont, daß das wehrlose und vollständig entwaffnete Deutschland nicht als gleichberechtigter Faktor im Völkerbund angesehen werden kann, solange nicht die allgemeine Abrüstung der Welt praktisch verwirklicht wird. Wir billigen es auch, daß die Note auf das deutsche Memorandum vom September ausdrücklich Bezug nimmt. Insbesondere gilt das von der Verwahrung, daß Deutschland bei einem etwaigen Eintritt in den Völkerbund unmöglich die moralischen Belastungen des Versailler Vertrages erneut anerkennen könne. Für uns ist nicht nur jede freiwillige Wiederholung des in Versailles erzwungenen unwahren Schuldbekenntnisses unmöglich, wir müssen nach wie vor darauf bestehen, daß keine Gelegenheit vorüber gelassen wird, dieses Schuldbekenntnis amtlich und ausdrücklich zu widerrufen. Wenn meine Freunde und ich der Note heute zustimmen, so geschieht das in der bestimmten Erwartung, daß das Kabinett als Ganzes, wie bei dieser Note so auch hinfort, in geschlossener Einheit und entschlossener Festigkeit die Würde und Lebensnotwendigkeiten Deutschlands wahren und um das Recht der deutschen Nation auf Dasein und Freiheit der Nation ringen wird. (Lebh. Beifall rechts.)

Erklärung des Zentrums.

Abg. Dr. Kaas (Zentr.): Wir haben schon beim Antritt der gegenwärtigen Regierung erklärt, daß wir uns für die Kontinuität der deutschen Außenpolitik mehr als für irgendeine andere Komponente des heutigen Kabinetts verantwortlich fühlen, und daß wir uns nötigenfalls mit unserer ganzen parlamentarischen Kraft gegen eine wesentliche Umbiegung dieser Linie einsetzen werden. (Hört! Hört!) Die heutige Note erhält in Form und Inhalt die verständigungsbereite Haltung der deutschen Außenpolitik aufrecht, der Außenpolitik, die wir von Anfang an als die einzig mögliche und richtige angesehen haben. Wir wollen darüber wachen, daß unsere Außenpolitik aus dieser Sphäre nicht herausgeführt wird auf das stürmische Meer einer Trutz- und Widerstandpolitik. Jede Partei hätte die Pflicht, den verantwortlichen Außenminister des Deutschen Reiches in seiner Außenpolitik zu unterstützen. (Rufe: Namentlich jede Regierungspartei!)

Wir bedauern nur

das lange Schweigen des Außenministers,

das uns die Mitverantwortung für seine Außenpolitik sehr erschwert hat. Wir brauchen eine aktive Außenpolitik. Wir würden es nicht billigen können, wenn diese Aktivität aus innerpolitischen Rücksichten verlassen würde zugunsten einer tatenlosen Politik machtpolitischer Zukunftsillusionen. Die letzte Tendenz der deutschen Note ist nicht negativ, sondern positiv, sie ist eine Friedensoffensive großen Stils, eine europäische Tat. (Beifall.)

Wir erkennen damit die westliche Grenze des Versailler Vertrages an.

Damit ist aber noch nicht als gerecht anerkannt, was unter dem trügerischen Schein einer Abstimmung mit Eupen und Malmedy geschehen ist. Damit verzichten wir auch nicht darauf, dem kulturellen Eigenleben der deutschstämmigen Bewohner des Elsaß unsere Aufmerksamkeit zu schenken. Deutschland geht mit dem Sicherheitspakt einen schmerzlichen Schritt der Selbstüberwindung, der in der Geschichte einzig dasteht.

Hätte man Frankreich sieben Jahre nach 1871 eine solche Anerkennung der neuen Grenze zugemutet, ein Schrei der Entrüstung wäre die Antwort des französischen Volkes gewesen. (Sehr wahr!) Deutschland aber geht diesen schmerzlichen Schritt im Vertrauen auf den Sieg des Rechts und der zwischenstaatlichen Billigkeit. Wir vermissen in der Note das Verlangen nach der Räumung Kölns, ebenso eine Verwahrung gegen die Entwaffnungs- und Luftfahrnote. Der Sicherheitspakt ist unmöglich ohne den psychologischen Unterbau eines anderen deutsch-französischen Verhältnisses am Rhein. (Sehr richtig.) Nach dem Abschluß des Sicherheitspaktes ist das Besatzungsrecht und noch mehr das jetzige Besatzungsregime ein politischer Anachronismus schlimmster Art, ein störendes Rudiment einer Gewaltpolitik, deren Ueberwindung gerade das vornehmste Ziel des Sicherheitspaktes bilden soll. (Beifall.) Notwendig ist eine Generalbereinigung und Veredelung des Besatzungssystems, die Herabsetzung der Besatzung, die grundsätzliche Entfernung der farbigen Truppen, der Verzicht auf die Schaffung neuer Unterbringungsmöglichkeiten, planmäßiger Abbau des großen Behördenapparats, Beseitigung der überflüssigen Unterorgane, radikale Reform des Ordonnanzrechts und vor allem die Einschaltung einer Schiedsinstanz bei Streitfällen. (Beifall.) Ein Rheinland ohne Ketten ist ein besserer Friedensmittler zwischen Deutschland und Frankreich, als die Bajonette einer innerlich überlebten und von Tag zu Tag sinnloser werdenden militärischen Besatzung. (Beifall.) Wir halten die Völkerbundsfrage für außerordentlich wichtig und sehnen den Augenblick herbei, in dem Deutschland als gleichberechtigtes Mitglied in die Körperschaft eintritt, die bis jetzt nur eine Organisation der Siegerstaaten war. Freilich,

die Entwaffnungsnote und die Luftfahrnote sind Barrikaden

auf dem Wege nach Genf. Erst wenn eine befriedigende Vereinigung dieser Probleme in Aussicht steht, wird Deutschland dem Völkerbund beitreten können.

Dann kann Deutschland im Völkerbund die hegemoniale Stellung des Rechtes einnehmen, die höher steht als die Hegemonie des Schwertes. (Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Inzwischen ist eine Berichtigung zu dem völkischen Mißtrauensantrag eingegangen, die den Satz hinzufügt, daß der Reichstag über alle anderen die Haltung der Reichsregierung betreffenden Anträge zur Tagesordnung übergeht.

Die Deutsche Volkspartei.

Abg. Dr. Curtius (D.Vp.) Die ganzen Taten Frankreichs unter Poincare und später sind eine unmittelbare Bedrohung Deutschlands. Wir fordern eine Abkehr von den Methoden der Rheinlandkommission. Sicherheitspolitik ist für uns in erster Linie deutsche Politik. Sicherheitspakt bedeutet die Verhinderung eines neuen Weltbrandes. Der Sicherheitspakt wird nur dann wirkliche Bedeutung haben, wenn die Wirtschaftsverhältnisse durch ihn profitieren. Wir gehen zugrunde, wenn wir nicht eine Renaissance der europäischen Kultur erleben

Bannen wir nicht die Kriegsgefahren, so gibt es keinen Aufbau der Kultur.

Deshalb bedeutet der Sicherheitspakt auch einen kulturell wichtigen Faktor. Das deutsche Memorandum sei eine logische Folge der deutschen Außenpolitik gewesen. Die Gefahr einer Stabilisierung der französischen Hegemonie sei in unmittelbare Nähe gerückt; diesen Gesichtspunkt habe auch der Führer der englischen Opposition, Macdonald, dargelegt. Und wenn Pharisäer in England sagen, daß der Sicherheitspakt nur am schlechten Willen Deutschlands scheitern könne, so müsse man fragen, ob es wirklich vorteilhaft für England sei, die Hegemoniegelüste Frankreichs zu unterstützen. (Sehr gut, rechts.)

Wegen des

Eintritts in den Völkerbund

steht die Deutsche Volkspartei nach wie vor auf dem Standpunkt, daß Deutschland nur als völlig gleichberechtigter Staat seinen Einzug in den Völkerbund halten könne. Die gegenwärtige Note Deutschlands enthalte nur unverbindliche Vorschläge, die zu einer Verhandlungsgrundlage führen sollten. Man dürfe aber im gegenwärtigen Augenblick nicht mit täppischen Händen in die diplomatische Aktion eingreifen, wie das durch das völkische Mißtrauensvotum gegen den Außenminister geschehe.

•

Abg. Stöcker (Kommunist) führt aus: Die deutsche Sicherheitsnote sei noch schlimmer als der Versailler Vertrag, da sie freiwillig unterschreiben wolle, was uns vorher aufgezwungen sei. Das sei ein Beweis für die Verkommenheit der deutschen Politik. Dr. Stresemann sei nur die Schachbrettfigur Chamberlains in seinem Spiel gegen Moskau. Im Grunde handle es sich nur um eine Umstellung der deutschen Außenpolitik nach dem Westen. Nachdem der Vizepräsident Dr. Bell dem Hause noch von einem kommunistischen Mißtrauensantrag gegen Außenminister Stresemann Kenntnis genommen hat, vertagte sich das Haus auf morgen nachmittag 2½ Uhr.

Die französischen Vorbehalte.

Paris, 22. Juli. (Agence Havas.) Nach der Prüfung der deutschen Sicherheitspaktnote beauftragte Briand den französischen Botschafter in London, Chamberlain die zahlreichen Vorbehalte der französischen Regierung zu unterbreiten. Die französischen Vertreter in Warschau und Prag wurden beauftragt, die polnische bezw. tschechoslowakische Regierung zu unterrichten, daß wenn auch die Antwort der deutschen Regierung die Er-